

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



*Mein Team und ich
wünschen ein
frohes
Weihnachtsfest
und
ein glückliches
Neues Jahr 2010*



Wulff verstößt gegen Amtseid

Garrelt Duin erklärt zur Zustimmung des Landes Niedersachsen zum sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz heute im Bundesrat durch Ministerpräsident Christian Wulff:

„Durch die Zustimmung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat Ministerpräsident Wulff gegen seinen Amtseid verstoßen. Wulff hat geschworen, seine „Pflichten gewissenhaft [zu] erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen“ zu üben. Die massiven

Ungerechtigkeiten, die durch das schuldenfinanzierte Steuersenkungsgesetz geschaffen werden, laufen dem Eid auf unsere Verfassung zuwider. Denn die Profiteure der Steuergeschenke, machen nur eine kleine gesellschaftliche Gruppe aus. Sie werden von CDU und FDP einseitig mit Entlastungen bedient, während Arbeiterinnen und Angestellte, Aufstocker und Zeitarbeiter die Zeche hierfür doppelt zahlen müssen: In naher Zukunft durch unausweichliche Gebührenerhö-

hungen für Kindergärten, Schwimmbäder und die Müllentsorgung, weil den Städten und Gemeinden durch die Steuersenkungen Einnahmen vorenthalten werden. Und langfristig durch das Abbezahlen der horrenden Staatschulden, die durch das Gesetz weiter erhöht werden.

Steuergeschenke für Wenige auf Kosten vieler erzeugen kein Wachstum der Wirtschaft, sondern Wachstum auf dem Konto der Klientel von CDU und FDP.

Damit nimmt Christian Wulff nicht die Interessen der Städte und Gemeinden wahr, schadet direkt den Niedersächsinen und Niedersachsen und verletzt grob seine Pflicht, als „Ministerpräsident“ allen zu dienen.

W u l f f o r d n e t sein Ministerpräsidentenamt dem Posten als stellvertretender Parteivorsitzender unter. Möglicherweise ist das gut für die CDU, es ist definitiv ein trauriger Tag für unser Land.“

Schlechtes Zeugnis für die Konjunkturpolitik der Koalition

Anlässlich der Beratung im Wirtschaftsausschuss mit Vertretern der mit der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose befassten Wirtschaftsforschungsinstitute zu den Konjunkturaussichten erklärt Garrelt Duin:

Die Berichte der Vertreter der Institute deuten zwar eine leichte Aufhellung der Konjunktur-entwicklung für 2010/2011 an; deutlich wurde in der Diskussion aber vor allem, dass die Aussagen zur Konjunktur-entwicklung mit einer erheblichen Unsicherheit belastet sind. Ein sich selbst tragender Aufschwung ist nicht in Sicht. Anhaltendes Wachstum ist

daher in hohem Maße abhängig von den richtigen Weichenstellungen, der richtigen Reaktion der Politik. Es kommt jetzt vor allem darauf an, das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft mit geeigneten Instrumenten nachhaltig zu steigern. Die Experten haben erhebliche Zweifel, ob die von der Koalition vorgesehenen Maßnahmen diesen Anspruch gerecht werden. Die Ideen- und Tatenlosigkeit des Wirtschaftsministeriums bedroht die erhoffte konjunkturelle Wende.

Ganz deutlich wird die unterschiedliche Einschätzung der

Wirtschaftsforschungsinstitute und des Wirtschaftsministeriums. Die Experten heben einmal mehr deutlich hervor, dass von dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz keine wachstumsfördernden Impulse zu erwarten sind. Mit dem Gesetz werden die eigentlich wachstumshemmenden Faktoren nicht angegangen. Im Gegenteil droht durch die weitere Verschuldung der öffentlichen Haushalte der "Super-GAU".

Angesichts der sich abzeichnenden Kreditklemme warnen die Experten zudem vor erheblichen weiteren Risiken für die Konjunktur-

entwicklung. Das Grundproblem sei die mangelnde Eigenkapitalausstattung der Banken. Um eine Verschärfung zu verhindern, ist hier Handeln seitens der Bundesregierung gefragt. Die Vertreter der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen unsere Befürchtungen, dass die schleppende konjunkturelle Erholung schwere Folgen für den Arbeitsmarkt haben wird. In den kommenden Jahren droht ein radikaler Jobabbau in den führenden deutschen Wirtschaftsbranchen. Schlüssige Konzepte für neue Arbeitsplätze blieb das Wirtschaftsministerium dem Ausschuss schuldig.

Neues Sprecher-Trio für Seeheimer Kreis

Am vergangenen Dienstag ist Garrelt Duin zum neuen Sprecher des Seeheimer Kreises gewählt worden. Er wird künftig neben den wiedergewählten Sprechern Petra Ernstberger und Johannes Kahrs den mitte-links-pragmatischen Politikansatz in der SPD-Bundestagsfraktion vertreten. Er folgt damit auf Klaas Hübner. Auf der konstituierenden Sitzung sind Garrelt Duin, Petra Ernstberger und Johannes Kahrs zu den Sprechern des Seeheimer Kreises für die 17. Wahlperiode gewählt worden. In den neuen Sprecherkreis gewählt wurden die Abgeordneten Susanne Kastner, Fritz-Rudolf Körper, Dagmar Freitag, Doris Barnett, Carsten Schneider, Johannes Pflug, Rolf Schwanitz und Edgar Franke. In ihren Vorstellungen skizzierten die neuen Seeheimer-Sprecher die Aufgaben und das Selbstverständnis der Seeheimer in den nächsten Jahren. „Unsere Aufgabe wird es auch sein, unsere Kontakte und die uns nahestehenden Netzwerke in die Gesellschaft auszubauen und für die Sozialdemokratie zu begeistern. Es ist wichtig, dass die SPD in wahlentscheidenden Politikfeldern wie der Wirtschaftskompetenz glaubhafte und fähige Gesichter in ihren Reihen aufbaut.



Das neue Sprecher-Trio: Garrelt Duin, Petra Ernstberger und Johannes Kahrs.

Und so wichtig und richtig es ist, sich für Minderheiten stark zu machen, so müssen wir auch für den großen Mittelbau der Gesellschaft ansprechbar bleiben. Wir brauchen ein attraktives politisches Angebot für Menschen, die weder steinreich sind, noch auf Transferfänger ange-

wiesen sind: den Facharbeiter, die Krankenschwester und den Polizisten. Menschen aus diesen Gruppen, so hat das Bundestagswahlergebnis gezeigt, hat der konkrete Anreiz gefehlt, SPD zu wählen“, so Garrelt Duin. „Es geht um eine ‚Verantwortungslinke‘, die einen den Ausgleich

herstellen will, ohne sich dabei der Verantwortung für das Ganze zu entziehen, in dem man sich in Populismus flüchtet. Wir wollen konkrete Ergebnisse für die Menschen und keine selbstgefälligen Worthülsen, wie andere Parteien auf dem linken Parteienspektrum.“

Kritik an von der Leyen-Plan für Jobcenter

Garrelt Duin hat die Ergebnisse der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister scharf kritisiert. „Frau von der Leyen hat den Länderministern der CDU ein Nein zur Verfassungsänderung abgerungen. Damit verhindert die CDU in Gänze eine rechtssichere Betreuung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand und zeigt wieder einmal ihre kommunalfeindliche Gesinnung, in dem sie die Kommunen im Regen stehen lässt. Der Weg in die

geteilte Trägerschaft zerstöre gemeinsame und funktionierende Strukturen der Betreuung, führe zu mehr Bürokratie und Kostensteigerungen in dreistelliger Millionenhöhe.

„Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II brauchen ebenso Verlässlichkeit und Sicherheit wie die Städte, Gemeinden und Landkreise. Diese sind mit dem Leyen-Plan der freiwilligen Kooperation massiv gefähr-

det“, sagte Duin und verwies auch auf den Status der Optionskommunen. „Als Sozialministerin in Niedersachsen hat sich Frau von der Leyen gemeinsam mit der SPD für die Schaffung der Optionskommunen ausgesprochen, jetzt legt sie als Bundesarbeitsministerin die Axt an dieses sehr erfolgreiche Modell“, denn Rechtssicherheit sei auch für diese nicht gegeben. Duin: „Jetzt müssen die dreizehn Optionskommunen in Niedersachsen

um ihren Fortbestand bangen, obwohl sie durch ihre Arbeit einen Qualitätssprung in der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen erreicht haben. Diese Entscheidung ist ein Schlag in das Gesicht von Empfängern von Arbeitslosengeld II, die in Zukunft auf die Betreuung aus einer Hand verzichten müssen und ein Schlag ins Kontor für die Optionskommunen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Austauschprogramm: Steffen Haake seit Sommer in den USA

Seit Juli ist der Auricher Schüler Steffen Haake, im Rahmen des parlamentarischen Patenschaftsprogramms zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Amerikanischen Kongress, als Austauschschüler in den Vereinigten Staaten. Steffen Haake wohnt während des Austauschjahres bei der Familie Pollard in Durham / New Hampshire, bei der er sich sehr wohl fühlt, und besucht dort die High-School.

„Es ist gut zu wissen, dass es ihm in den USA gefällt und dass er sich dort sehr gut eingelebt hat“, sagte Garrelt Duin. Der Bundestagsabgeordnete hat die Patenschaft für das Austauschjahr übernommen. In regelmäßigen Abständen meldet sich der Schüler per E-Mail bei Garrelt Duin und informiert ihn über seine Eindrücke und Erfahrungen.

In seiner aktuellsten Nachricht schrieb er: „Ich kann wirklich kaum glauben, dass ich nun schon so eine lange Zeit hier bin. Es kommt mir immer noch so vor, als wäre ich erst vor ein paar Wochen abgeflogen. Ich werte das einfach mal als ein gutes Zeichen dafür, dass es mir hier nicht langweilig wird. Abschließend möchte ich natürlich noch gerne meine Familie und Freunde in Aurich grüßen und freue mich auf den Weihnachtsmarkt und Ostfriesentee im

nächsten Jahr!“

„Auch ohne Ostfriesentee wünsche ich Steffen Haake ein schönes Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr und noch viele positive Erfahrungen in den Vereinigten Staaten“, wünschte Garrelt Duin dem Austauschschüler.

Steffen Haake vor seiner High-School (oben). Vor der großen Reise trafen sich Garrelt Duin und Steffen Haake in Berlin (unten).



Diskussionsveranstaltung im SPD-Unterbezirk Emden

Kürzlich diskutierte Garrelt Duin mit Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk Emden.

Der Unterbezirk hatte die Mitglieder ins Emdener Hotel Faldernpoort eingeladen, um mit Garrelt Duin über die wesentlichen Ergebnisse des SPD-Bundesparteitages in Dresden zu sprechen. Duin ging auf die wesentlichen Inhalte des Leitantrages ein. Gut und sicher Leben sowie Demokratie und Freiheit sind die zentralen Überschriften.

Die SPD könne nicht auf alle Fragen endgültige Antworten haben. Dies sei auch nicht zwingend notwendig. „Wir wollen unsere Antworten mit relevanten Gruppen in der Gesellschaft und der Partei gemeinsam diskutieren und dann unsere Positionen abstimmen“, sagte Duin.



Garrelt Duin diskutierte mit den Emdener Sozialdemokraten über die Zukunft der SPD

Die SPD steht vor einer großen Herausforderung. „Wir müssen die noch vorhandenen Nervenenden in die Gesellschaft festhalten

und neue finden. Wenn uns dies gelingt, dann ist die SPD wieder in der Mitte der Gesell-

schaft und kann die Deutungshoheit zurückgewinnen. Bei dieser Aufgabe müssen sich alle betei-

gen, denn nur gemeinsam können wir das Ziel erreichen“, sagte Duin.



Politische Dialogreihe in der Daimler-Konzernrepräsentanz (von rechts nach links): Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Ernst Burgbacher (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Garrelt Duin nahmen an der Diskussion zum Thema „Die Zukunftskonzepte der deutschen Automobilindustrie zur nachhaltigen Mobilität“ teil.

Spruch der Woche

„Mutti kommt!“

Ausruf vieler Abgeordneter beim Betreten des Plenarsaals durch Angela Merkel

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

Fax: 030 - 227 - 76445

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de